

Heutiges Existenzsicherungsmodell

Heute muss sich der Bürger am Arbeitsmarkt verkaufen. Nicht der Meistbietende bekommt diesen Menschen, sondern derjenige, der mit den Jobcenter zusammenarbeitet und geschickt dem Geldlosen ein Angebot macht, dem er kaum ausweichen kann, ohne sanktioniert zu werden und als Arbeitsverweigerer dazustehen.

Der Einzelne ist dem Wirtschaftsgeschehen komplett ausgeliefert. Die Existenzsicherung kann ausschließlich über den Arbeitsmarkt erreicht werden, an dem der Geldlose völlig dem "Angebot" der Unternehmer und Arbeitgeber unterworfen ist. - Das Wirtschaftsgeschehen dominiert das Leben der Bürger. Jedes "Hüsteln" der Wirtschaft schlägt sofort durch auf das Leben des abhängig Beschäftigten.

Die Ausbeutung der Arbeitnehmer ist für viele Beschäftigte Alltag, weil angeblich Niedriglohn unausweichlich sei, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können. - Einzig im Öffentlichen Dienst werden "angemessene Einkommen" erstreikt.

Existenzsicherung über die Gemeinschaft wird von den Parteien als "Notfall" dargestellt, der nicht die Regel sein soll. Nur wer kurzfristig keinen Job hat, soll eine Zeit lang vom Staat "auf Antrag" eine Geldleistung erhalten. Diese Geldleistung ist allerdings viel zu niedrig, sodass die Bezieher als "arm" gelten.

Die Parteien wollen, dass die Bürger sich im "Leistungswettbewerb gegeneinander" ihre Existenzsicherung verdienen. Die "schlechten Jobs" sind dann für diejenigen, die nicht "mehr Leistung" erbringen konnten.

Die Hartz4-Existenzsicherung läuft auf Zwangsarbeit hinaus und verletzt damit die Grundrechte und Menschenrechte der Bürger.

Existenzsicherungsmodell Bedingungsloses Grundeinkommen

In einer Grundeinkommengesellschaft müssen die Bürger nicht mehr gegeneinander im Leistungsvergleich antreten, um sich ihre Existenz zu verdienen. Leistungswettbewerb ist dann freiwillig, und nicht wie im heutigen Existenzsicherungsmodell "Pflicht".

Existenzsicherung ist in einer Grundeinkommengesellschaft nicht mehr Privatsache, sondern gemeinschaftliche Aufgabe. Deshalb ist der Geldbetrag, den alle Bürgerinnen und Bürger erhalten, ausreichend hoch, um "bescheiden, aber menschenwürdig" leben zu können. - Existenzsicherung wird nicht mehr als "Notfall" angesehen, um die sich die Gemeinschaft erst "auf Antrag" kümmert, sondern Existenzsicherung ist Alltag und Grundlage menschlichen Daseins. Deshalb ist es gemeinschaftliche Aufgabe, diese zu gewährleisten.

Ausbeutung der Bürger als "Arbeitnehmer" durch die Wirtschaft, ist in einer Grundeinkommengesellschaft nicht mehr möglich, weil sich niemand als Arbeitssklave "prostituieren" muss, um eine Existenzsicherung zu haben.

In einer Grundeinkommengesellschaft ist der Bürger nicht mehr dem Wirtschaftsgeschehen ausgeliefert. Er hat durch das Bedingungslose Grundeinkommen eine starke Position gegenüber dem Arbeitgeber. Es besteht kein Zwang mehr, einen Job anzunehmen.

Die heutigen Hartz4-Regeln sind menschenrechtsverletzend. Dieses massive staatsrechtliche Versagen, dass wir heute erleben, hätte mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen ein Ende. Durch das Hartz4-Konzept wird der Bürger zur Arbeit gezwungen. Dadurch haben wir heute keinen funktionierenden Rechtsstaat. - Ein BGE würde diese völlig unerträgliche Situation stoppen.